

**Koordinierungsrat
deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen
gegen Antisemitismus e. V.**

Berlin, den 17. März 2015

Frau/ Herrn Bundestagsabgeordnete/n
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betr.: Koordinierungsrat gegen Antisemitismus für Sanktionen wegen iranischer Antisemitismusagitation

Sehr geehrte/r Frau/ Herr Abgeordnete/r,

wir vertreten den Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V., einen Zusammenschluss von 23 Vereinigungen, Organisationsvertretern und Personen, die in der Antisemitismusbekämpfung engagiert sind. Zu ihnen gehören Christen, Juden, Muslime, Aleviten, Bahai und Menschen mit anderer oder keiner Glaubenszugehörigkeit. (<http://www.koordinierungsrat-gegen-antisemitismus.org>).

Der Koordinierungsrat gegen Antisemitismus wendet sich entschieden gegen die antisemitische Propaganda der Islamischen Republik Iran, die mit der Durchführung eines Karikaturenwettbewerbs zum Holocaust verbunden ist (vgl. zur iranischen Wettbewerbsausschreibung:

<http://www.irancartoon.com/the-second-holocaust-international-cartoon-contest-2015/#>). Mit dieser Propaganda verletzt die Islamische Republik Iran völkerrechtliche Verpflichtungen. Wir bitten Sie daher, darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung die Islamische Republik Iran scharf verurteilt und Konsequenzen sowohl in der Antisemitismusbekämpfung als auch in der Sanktionspolitik zieht.

Der Karikaturenwettbewerb zum Holocaust stellt keine einmalige Entgleisung des Mullahregimes im Iran dar. Das Regime der Islamischen Republik Iran verletzt systematisch fundamentale Menschenrechte und Völkerrechtsprinzipien. Dazu gehört die Diskriminierung der Frauen, die Verfolgung von Homosexuellen, die Unterdrückung von religiösen, ethnischen und politischen Minderheiten sowie die ständige Androhung der Vernichtung Israels, gegen die sich die Regierung Israels, zuletzt in der Rede des israelischen Ministerpräsidenten vor dem US-Kongress am 3. März 2015, zu Recht wehrt. Auch die umfassende Terrorismusförderung, wie sie unter anderem in der Unterstützung der Hisbollah-Terrororganisation sichtbar wird, verstößt gegen Völkerrechtsprinzipien.

Mit einem derartigen Regime, das mit über 700 Hinrichtungen 2014 einen neuen Rekord im nach innen gerichteten Terror erreicht hat, können keine belastbaren Verträge über den Abbau der atomaren Aufrüstung im Iran abgeschlossen werden, falls diese nicht durch strenge, unbefristete und durchsetzbare Aufsichtskontrollen gesichert werden; außerdem ist zu fordern, dass der Iran seine Aggressionspolitik nach innen und außen einstellt. Bis zum Abschluss und zur Umsetzung derartiger Abkommen sind die Sanktionen gegen den Iran zu verschärfen. Eine glaubwürdige Antisemitismusbekämpfung verlangt, dass Deutschland dem Antisemitismus und dem Israelhass des Mullahregimes in der Innen- und Außenpolitik entschieden und regelmäßig entgegentritt. Deutschland hat sich auf verschiedene Weise der Antisemitismusbekämpfung verpflichtet, zuletzt in der von allen Fraktionen des Bundestags vertretenen Absichtserklärung, für die Erarbeitung eines neuen Berichts zur Antisemitismusbekämpfung zu sorgen. Der iranische Antisemitismus und der iranische Israelhass müssen ebenso wie die atomare Aufrüstung der Islamischen Republik Iran und ihr weltweiter Terrorexport Folgen für die Sanktionspolitik gegenüber dem Mullahregime haben. Eine glaubwürdige Antisemitismusbekämpfung verlangt entschiedene und kontinuierliche Reaktionen der deutschen Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V. (Haus der Bundespressekonferenz, Büro 6402, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, Tel.: 60946233)

Klaus Faber, Staatssekretär a.D., RA, Dr. Rafael Korenzecher, Mohammad Schams, Daniel Kilpert M.A.

(<http://www.koordinierungsrat.org>)

Anhang

Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V.

Der Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e. V. ist am 20. November 2009 als Nachfolgeorganisation zu der nicht-rechtsfähigen Vorgängereinrichtung mit dem gleichen Namen gegründet worden, zu der sich am 16. Juni 2007 Organisationen, Einrichtungen und Personen zusammengeschlossen hatten, die sich in der Antisemitismusbekämpfung engagieren. Ihm gehören Christen, Juden, Muslime, Aleviten und Bahai sowie Menschen mit einer anderen Glaubens- oder ohne eine entsprechende Orientierung an. Der Koordinierungsrat wendet sich gegen alle Formen von Antisemitismus, auch gegen den neuen, israelfeindlichen Antisemitismus. Von Anfang an hat er einen regelmäßigen Bericht der Bundesregierung mit einer entsprechenden Antisemitismusbeschreibung und zur Antisemitismusbekämpfung gefordert. Der Beschluss des Bundestags vom 4. November 2008 entspricht dieser Forderung.

Website

<http://www.koordinierungsrat.org>

Vorstand: Prof. Dr. Diethard Pallaschke; Prof. Dr. Julius H. Schoeps; Staatssekretär a. D Klaus Faber, RA; Dr. Rafael Korenzecher; Mohammed Schams; Daniel Kilpert (M.A.)

Kuratorium: Philipp Mißfelder, MdB; Prof. Gert Weisskirchen MdB a.D. (2006 - 2009 OSZE-Beauftragter für Antisemitismusbekämpfung); Reinhold Robbe, Präsident Deutsch-Israelische Gesellschaft, MdB a.D.; Serkan Tören, MdB a.D.; Steffen Reiche MdB a.D.; Bettina Kudla MdB, Ali Erkan Toprak, Kurdische Gemeinde Deutschland; Wahied Wahdat-Hagh, Publizist; Yilmaz Kahraman, Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.

Haus der Bundespressekonferenz
Belle Etage, Raum: 6402
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

Tel: (0)30 60946233
info@koordinierungsrat.org